

# Meldungen

zusammengestellt von Jorge Scholz

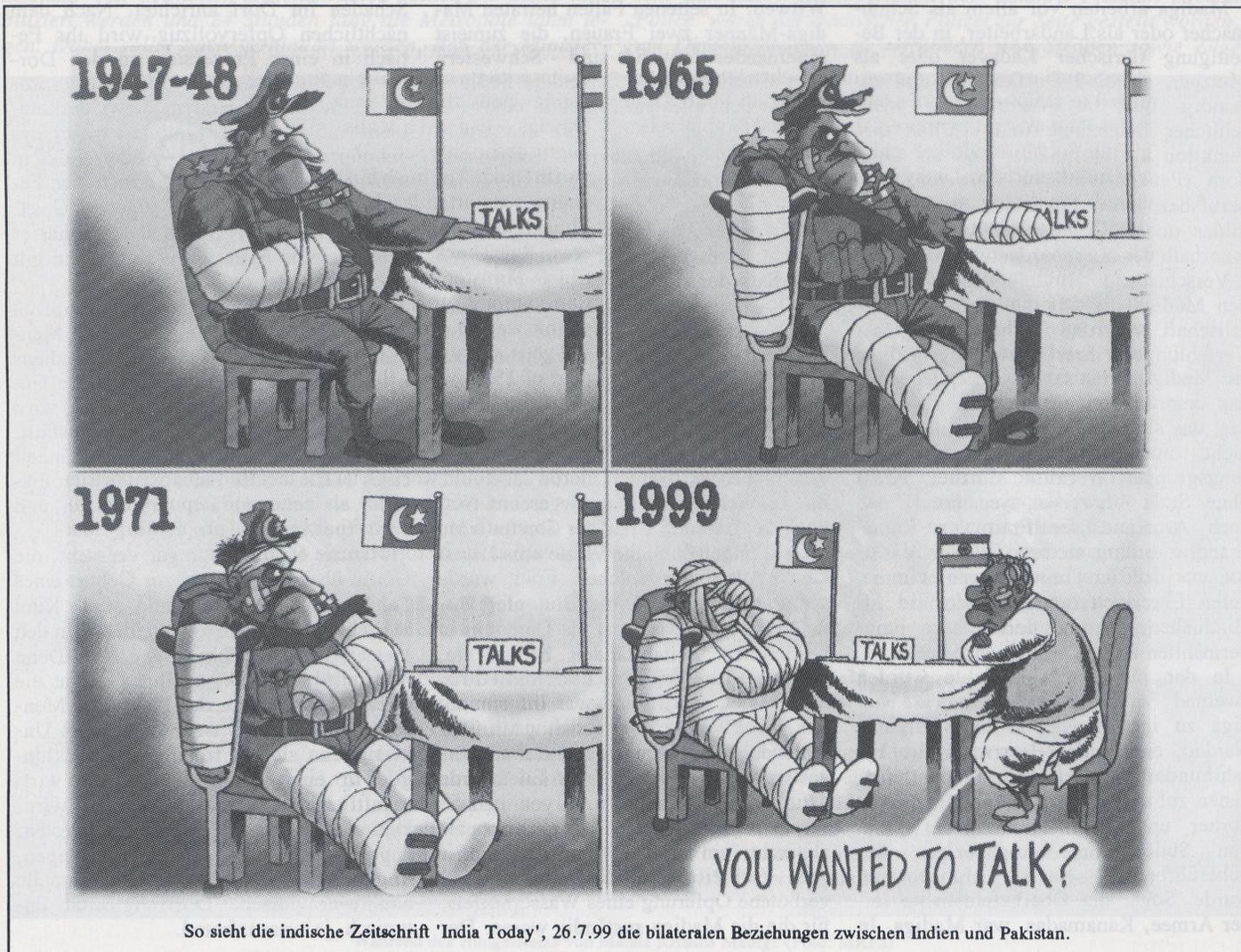
## Indien schießt pakistanisches Marinflugzeug ab: 16 Tote

Zwei Kampffjets der indischen Luftwaffe haben am 10. August rund 300 Kilometer westlich von Karachi im äußersten Süden des indisch - pakistanischen Grenzgebiets einen pakistanischen Marineaufklärer abgeschossen. Alle 16 Soldaten an Bord der Maschine vom Typ einer für Patrouillenflüge konzipierten französischen 'Breguet Atlantic' kamen dabei ums Leben. Dies geht aus Agenturberichten hervor, die kurz darauf von den Regierungen in Islamabad und Delhi übereinstimmend bestätigt wurden. Umstritten zwischen beiden Seiten blieben allerdings die genauen Umstände des Grenzzwischenfalls. So beschuldigte ein pakistanischer

Armeesprecher Indiens, den sich auf einem Trainingsflug befindlichen Aufklärer über pakistanischem Hoheitsgebiet abgeschossen zu haben. Zum Beweis wurden Medienvertreter aus aller Welt per Hubschrauber in den sindhischen Provinzdistrikt Badin geflogen, wo man den Journalisten zwei Kilometer vor der eigentlichen Grenze in einem unwegsamen Sumpfgebiet die teilweise noch rauchenden Trümmer eines Flugzeugwracks präsentierte. Indien dagegen begründete den Abschluß mit dem Hinweis, daß die pakistanische Militärmaschine zuvor rund zehn Kilometer weit in den indischen Luftraum eingedrungen sei. Somit habe sich der Vorfall über indischem Territorium ereignet. Zum Beleg wurden den Medien ebenfalls angeblich von dem fraglichen Flugzeug

stammende Trümmerteile vorgelegt.

Der Flugzeugabschuß löste eine Kette von Reaktionen und Gegenreaktionen aus, die die Atomkräfte Indiens und Pakistans kurz nach dem Abklingen der zweieinhalbmonatigen militärischen Auseinandersetzungen in Kashmir erneuert an den Rand eines offenen Krieges brachte. Zunächst versetzte die pakistanische Militärführung die Armee in Alarmbereitschaft und kündigte umgehend 'geeignete Vergeltungsmaßnahmen' an. Als am 11. August die indische Seite meldete, daß Pakistan im Gebiet der fraglichen Absturzstelle drei mit Journalisten besetzte indische Armeehubschrauber mit Raketen beschossen habe, wurde auch für die indischen Streitkräfte Alarmbereitschaft ausgerufen. Wenig später meldeten pa-



So sieht die indische Zeitschrift 'India Today', 26.7.99 die bilateralen Beziehungen zwischen Indien und Pakistan.

kistanische und indische Medien neue Gefechte zwischen pakistanischen und indischen Truppenverbänden entlang der Waffenstillstandslinie in Kashmir.

Mit dem Hinweis auf die aktuellen Ereignisse bezeichnete Premierminister Nawaz Sharif am 12. August in Karachi anlässlich der Beerdigungsfeierlichkeiten der bei dem Flugzeugabschuß getöteten 16 die geplanten Friedensgespräche mit der Regierung des Nachbarlandes zur Beilegung des jüngsten indisch-pakistanischen Waffengangs um Kashmir als 'ernsthaft gefährdet'. Ähnliche Töne waren auch in Delhi aus Regierungskreisen zu hören, wo es wenige Wochen vor den anstehenden Parlamentswahlen aus innenpolitischen Gründen offenbar ebenfalls wenig Bereitschaft zur Aufnahme eines Friedensdialogs mit Islamabad gibt.

Die USA reagierten auf die erneut eskalierenden Spannungen in Südasien mit einer scharfen Rüge an die Adresse beider Kontrahenten. Beide Länder hätten sich in einem 1991 unterzeichneten bilateralen Abkommen verpflichtet, in einem Luftkorridor entlang der gemeinsamen Grenze auf unangemeldete Militärflüge zu verzichten. Gegen diese vertragliche Vereinbarung habe man auf beiden Seiten verstoßen, hieß es aus Washington. Gleichzeitig appellierte die amerikanische Regierung an die Konfliktparteien, sich mit friedlichen Mitteln um eine Deeskalation der Krise zu bemühen.

### K-2-Gebiet für Bergsteiger und Trekker gesperrt

In Reaktion auf die militärischen Auseinandersetzungen entlang der Waffenstillstandslinie in Kashmir hat das Tourismusministerium in Islamabad Ende Juni das Gebiet rund um den K-2, den zweithöchsten Gipfel der Welt, und einen Teil des berühmten Concordia-Trecks, der zu den Basislagern mehrerer Achttausender führt, für ausländische Bergsteigergruppen gesperrt. Das Verbot gilt auf unbestimmte Zeit, hieß es in der pakistanischen Hauptstadt. Die betroffene Region liegt rund 200 Kilometer nordöstlich von Kargil, dem Hauptschauplatz der jüngsten Gefechte an der pakistanisch-indischen Demarkationslinie. Bislang erhielten pro Jahr bis zu 750 Bergfreunde die erforderliche Erlaubnis der Regierung, die teilweise in der pakistanischen Sicherheitszone liegende spektakuläre Karakorum-Route in Angriff zu nehmen.

Hauptleidtragende dieser Maßnahme ist vor allem die pakistanische Tourismusbranche, die in hohem Maße von dem Geschäft mit geführten Bergtouren abhängig ist und nun dramatische Gewinneinbußen aufgrund von Stornierungen zu verkraften hat (siehe dazu

auch den Beitrag Shariah ... in dieser Ausgabe). So mußten allein in der letzten Juniwoche fünf größere Reisegruppen aus Europa und Nordamerika, die Touren im Concordia-Gebiet gebucht hatten, unverrichteter Dinge wieder abreisen. Eine in Rawalpindi ansässige Bergreiseagentur namens 'Himalayan Trekking' klagte, daß auch alle 25 für den weiteren Jahresverlauf geplanten Trekkingtouren nach Kundenabsagen ausfallen müßten. 'Um dieses Jahr wirtschaftlich zu überleben, müssen wir wohl einen Kredit aufnehmen', meinte ein besorgter Mitarbeiter gegenüber der Presse. 'Walji's Adventure Pakistan', mit rund 300 bis 500 Gruppenreisen pro Saison unbestrittener Marktführer unter den pakistanischen Reiseagenturen, mußte bislang nach eigenen Angaben immerhin mehr als 50 Prozent Stornierungen hinnehmen. Als landesweit operierendes Unternehmen ist man damit nicht ganz so stark von den Auswirkungen der Kashmirkrise betroffen wie die allein auf den Hochgebirgstourismus angewiesenen Spezialisten. Doch auch hier kommt man nach Auskunft eines Unternehmenssprechers der Verlustzone bedenklich nahe. Die gravierenden wirtschaftlichen Auswirkungen auf die pakistanischen Reisedienstleister erklärten sich Branchenvertreter mit dem Umstand, daß der Beginn der militärischen Eskalation an der Waffenstillstandslinie mit dem Höhepunkt der Trekkingsaison zusammenfiel.

Die Folgen der von der Regierung verhängten Restriktionen für Expeditionen und das Ausbleiben zahlungskräftiger Bergenthusiasten aus dem Ausland bekommt jedoch auch die lokale Bevölkerung in den strukturschwachen pakistanischen Hochgebirgsregionen zu spüren, wo der Tourismus längst zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor angestiegen ist. Vor allem in den Dörfern rund um Skardu, dem Verwaltungszentrum Baltistans, und im Hunzatal verdienen mittlerweile viele Männer ihren Lebensunterhalt als Träger oder Bergführer. Die einzige Alternative zur drohenden Arbeitslosigkeit bietet zumindest in den grenznahen Dörfern nach Berichten von Beobachtern die Armee, die offenbar angesichts des unwegsamen Geländes zahlreiche Träger für den Transport des Nachschubs an die Front rekrutiert.

### Bundeshaushalt 1999/2000 verabschiedet

Finanzminister Ishaq Dar hat am 12. Juni den mit Spannung erwarteten Haushalt der Sharif-Regierung für das Haushaltsjahr 1999/2000 vorgestellt. Zur Überraschung vieler Beobachter, die vor dem Hintergrund der dramatischen

ökonomischen Auswirkungen der internationalen Sanktionen in Reaktion auf die pakistanischen Nukleartests im Frühjahr 1998, die Pakistan an den Rand der Zahlungsunfähigkeit führten, mit einem harten Sparhaushalt gerechnet hatten,

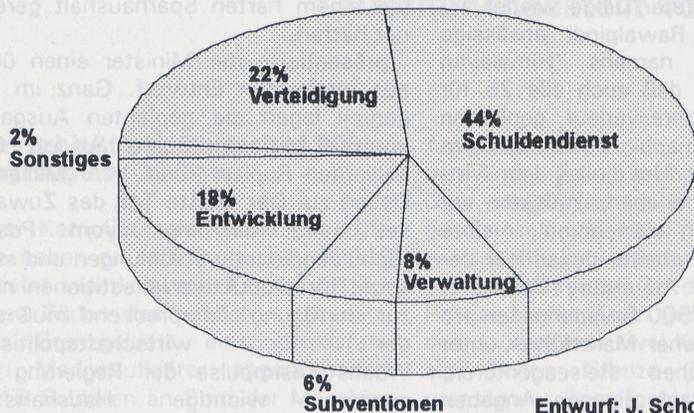
präsentierte der Minister einen überaus moderaten Entwurf. Ganz im Gegenteil legen die geplanten Ausgaben von 606 Milliarden Rupien auf jetzt 642 Milliarden Rupien (rund 11,9 Milliarden Dollar) zu. Der größte Teil des Zuwachses wird allerdings vom Posten 'Schuldendienst' verschlungen und steht somit für produktive Investitionen nicht zur Verfügung. Entsprechend muß sich der für wirtschaftspolitische Wachstumsimpulse der Regierung besonders wichtige Haushaltstitel 'Entwicklungsausgaben' mit einem bescheidenen Plus von sechs Milliarden Rupien begnügen. Kritiker bemängeln, daß das wesentlich kleinere Budget für den Unterhalt der Regierung um den gleichen Betrag aufgestockt wurde. Leicht rückläufig sind dagegen im Jahresvergleich lediglich die Ausgaben für Verteidigung (um 2,5 Milliarden Rupien) und für Subventionen (um 1,6 Milliarden).

Das Stagnieren der Ausgaben auf hohem Niveau soll nach dem Willen der Regierung mit einer deutlichen Steigerung der Einnahmen finanziert werden. Insbesondere setzt man laut vorliegender Planung offenbar darauf, daß die Steuereinnahmen deutlich ergebiger sprudeln, als in der Vergangenheit. So soll das Heer der säumigen Steuerschuldner verstärkt zur Kasse geben werden. Auch die Effizienz der für die Einziehung von Steuern zuständigen Behörden möchte man deutlich verbessern. Von Steuererhöhungen und der Einführung neuer Steuern hat die Bundesregierung zumindest vorerst mit Blick auf die politische Brisanz solch unpopulärer Maßnahmen abgesehen. Lediglich eine moderate Anhebung der staatlich festgesetzten Tarife für Gas, Öl und Benzin kündigte der Finanzminister in seiner Erläuterung des Haushaltsentwurfs vor dem Parlament an. Ob dies ausreicht, um das um mehr als zehn Prozent heraufgestufte Einnahmziel tatsächlich zu erreichen, wird von unabhängigen Fachleuten bezweifelt. Die Experten rechnen damit, daß es deshalb schon bald einen Nachtragshaushalt mit den jetzt noch ausgebliebenen Zusatzbelastungen für die Bevölkerung geben könnte.

Außerdem weisen Kritiker darauf hin, daß im aktuellen Entwurf die Forderungen der internationalen Geberorganisationen wie IWF und Weltbank als Voraussetzung für die Gewährung weiterer Kredite nicht berücksichtigt wurden. Die

## Verteilung der Ausgaben im pakistanischen Bundeshaushalt

1999/ 2000\*



Entwurf: J. Scholz, August 1999

Kredite selbst aber wurden von der Sharif-Administration im neuen Haushalt fest eingeplant.

Von dieser Seite droht der aktuellen Haushaltsplanung also die vielleicht größte Gefahr plötzlicher Schieflagen, die leicht erneut bis an den Rand der Zahlungsunfähigkeit führen könnten. Und tatsächlich spielt sich schon seit mehreren Wochen hinter den Kulissen ein erbittertes Tauziehen mit ungewissem Ausgang zwischen der pakistanischen Regierung auf der einen Seite sowie IWF und Weltbank auf der anderen Seite ab. Dabei geht es um die längst überfällige Auszahlung einer weiteren Kredittranche im Volumen von 280 Millionen Dollar, die an die Umsetzung von bestimmten Strukturanpassungsmaßnahmen gekoppelt ist. Außerdem verlangt der IWF als Vorleistung von der pakistanischen Regierung signifikante Fortschritte bei den praktizierten Steuererhebungsverfahren, die Abschaffung von Subventionen sowie eine deutliche Anhebung der Benzin- und Energiepreise. Da nichts dergleichen geschah, sagte der IWF einen ursprünglich für Juli anberaumten Besuch einer Delegation in Pakistan kurzfristig ab und zitierte stattdessen den Finanzminister nach Washington. Dort mußte sich der Politiker nach Informationen der englischsprachigen Wochenzeitung 'Friday Times' ungewöhnlich deutliche Drohungen mit der Revision auch der laufenden Weltbankprogramme anhören, falls Islamabad nicht seinen ausgehandelten Verpflichtungen nachkomme. Immerhin erreichte Dar, daß die IWF-Emissäre ihre geplante Pakistan-Reise nun noch im August nachholen sollen. Mit dieser Terminverschiebung steht jedoch bereits zum jetzigen Zeitpunkt fest, daß die Kreditauszahlung selbst bei positivem Ergebnis

frühestens im Oktober erfolgen kann. Finanzminister Ishaq Dar hat aber den Millionencheque schon für September in seinem Budget eingeplant.

### Armut in Pakistan nimmt zu

58 Millionen Pakistaner leben in absoluter Armut, was einem Bevölkerungsanteil von rund 44 Prozent entspricht. Dies geht aus dem soeben erschienenen Jahresbericht 1999 des in Islamabad ansässigen 'Centre for Human Development' (HDC) hervor, das seit seiner Gründung vor einigen Jahren durch den inzwischen verstorbenen international bekannten Entwicklungs- und Finanzexperten Mahbulul Haq schon mehrfach mit fundierten Analysen zum Stand der sozialen Entwicklung in den Ländern Südasiens für Furore sorgte. Auch der jüngste Report mit dem Titel 'A Profile of Poverty in Pakistan' birgt innenpolitischen Zündstoff, da das Autorenteam den entwicklungs- und sozialpolitischen Leistungen der Regierung ein vernichtendes Urteil ausstellt. Denn die Wissenschaftler kommen nach Auswertung ihrer Daten zu dem Ergebnis, daß sich die Zahl der absolut Armen allein in den letzten neun Jahren von 24 Millionen auf den jetzigen Stand verdoppelt hat - und dies trotz eines beachtlichen Wirtschaftswachstums von im Schnitt sechs Prozent und eines rasant gestiegenen Pro-Kopf-Einkommens, welches sich innerhalb der letzten beiden Dekaden mehr als verdreifachte. Nach Ansicht der HDC-Experten ein deutliches Indiz dafür, daß nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung Nutznießer des ökonomischen Aufschwungs ist. Gestützt wird die These, daß die Wohlstandsschere zwischen Reich und Arm in Pakistan mit zunehmender Dynamik immer

weiter auseinanderklafft, durch die Beobachtung, daß sämtliche wichtigen sozialen Indikatoren im Untersuchungszeitraum stagnierten. Das Ausmaß der Misere belegen einige aktuelle Zahlen aus dem Datenanhang des HDC-Jahresberichts: In Pakistan können 62 Prozent aller Erwachsenen weder lesen noch schreiben; 76 Prozent aller Frauen sind Analphabeten; 38 Prozent der Kinder besuchen keine Schule; 40 Prozent der Bevölkerung hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser; 45 Prozent der Bevölkerung muß ohne jegliche ärztliche Versorgung auskommen; 70 Prozent der Bevölkerung lebt ohne Zugang zu sanitären Einrichtungen; 38 Prozent der Kinder im Alter unter fünf Jahren ist unterernährt.

### Gouverneursrecht im Sindh aufgehoben

Die politische Szene in der süd-pakistanischen Krisenprovinz Sindh ist wieder in Bewegung geraten. Völlig überraschend hob die Bundesregierung in Islamabad das vor 30 Monaten verhängte Gouverneursrecht auf und entließ den bisherigen Gouverneur Moinuddin Haider, ein Generalleutnant im Ruhestand. Gleichzeitig berief die Sharif-Administration unter äußerst fragwürdigen Umständen eine neue zivile Provinzregierung. Zum sindhischen Ministerpräsidenten ernannte Regierungschef Sharif unter verfassungswidriger Anmaßung dieser Kompetenz seinen früheren Verteidigungsminister und treuen politischen Weggefährten Ghous Ali Shah. Dieser war schon einmal von 1985 bis 1987 Inhaber dieses Amtes, damals noch als Günstling von Militärdiktator Zia-ul Haq. Auf den freigewordenen Gouverneursposten rückte Mamnoon Hussain, ein als vergleichsweise apolitisch geltender erfolgreicher Geschäftsmann aus Karachi.

Zum Stein des Anstoßes wurden beim jüngsten Stühlerücken jedoch weniger die getroffenen Personalentscheidungen, sondern insbesondere der Umstand, daß Nawaz Sharif den frischgebackenen sindhischen Chefminister gleichzeitig zu seinem mit weitreichenden Vollmachten ausgestatteten Sindh-Berater im Range eines Bundesministers machte. Damit steigt Shah in der Provinz zur obersten Autorität auf, dessen Kompetenzen den Rechten des Gouverneurs während der zweieinhalbjährigen Phase unter Gouverneursrecht durchaus vergleichbar sind. Entsprechend stößt der plötzliche politische Kurswechsel Islamabads in der Sindh-Politik bei den beiden wichtigsten Parteien in der Südprovinz, der 'Pakistan People's Party' (PPP) und der 'Mohajir Qaumi Movement' (MQM), auf großes Mißtrauen, was die da-

hinterstehenden Motive anbelangt. So äußerte der Fraktionsvorsitzende der MQM im sindhischen Landtag, Farooq Sattar, in einem Interview mit dem in Karachi erscheinenden Monatsmagazin 'Herald' den Verdacht, daß man mit diesem Schachzug vor allem den in letzter Zeit zunehmend eigenständiger und im Sinne der Eigeninteressen der Provinz agierenden Ex-General mit besten Verbindungen zur Armee loswerden wollte, um ihn durch einen absolut regierungsloyalen Handlanger zu ersetzen. Insbesondere sei es darum gegangen, die von General Haider kürzlich in Angriff genommenen polizeiinternen Untersuchungen zur Aufklärung der zahlreichen extra-legalen Hinrichtungen im Sindh zu stoppen, bevor diese für die Bundesregierung unbequeme Wahrheiten zu Tage fördern, so der Politiker weiter. Senator Iqbal Haider, Spitzenpolitiker der PPP, vertrat in einem Pressegespräch eine ähnliche Ansicht. Nach seinen Worten habe hinter dem von der Bundesregierung inszenierten Wechsel der Wunsch gestanden, im Sindh jemanden zu postieren, der keine eigene Meinung besitzt und bereit ist, die Vorschriften der Bundesregierung zu befolgen und buchstabengetreu auszuführen.

Doch PPP und MQM trauern den Zeiten des Gouverneursrecht noch aus weit handfesteren Gründen nach. Denn immerhin war es dem bisherigen Amtsinhaber auf dem Gouverneursposten in den 30 Monaten seines Regimentes gelungen, im Dauerkriseherd Karachi Terrorismus und Kriminalität mit sinnvollen Initiativen und Reformen spürbar einzudämmen. Frei von persönlichen politischen Ambitionen erwarb sich der Ex-Offizier auch mit seinem zu allen Parteien gleichermaßen auf Äquidistanz bedachten Kurs mit der Zeit bei MQM und PPP Respekt und Anerkennung, was ebenfalls positiv zur Entspannung der Lage in der Megastadt beitrug.

Im scharfen Kontrast hierzu betritt Ghous Ali Shah als neuer starker Mann im Sindh die politische Bühne der Provinz mit einer klaren politischen Agenda. Denn die Beobachter sind sich einig, daß Shah als erfahrener Spitzenpolitiker der Sharif-Partei 'Pakistan Muslim League' (PML) mit dem Hauptauftrag kommt, die im Sindh relativ schwache Position der PML zu Lasten der übrigen Parteien rechtzeitig zu den Senatswahlen im März 2000 zu festigen. Hintergrund: Erklärtes Ziel der PML bei dem dann stehenden Urnengang ist das Erringen einer klaren Mehrheit in dieser zweiten Kammer des Parlaments. Denn in der Vergangenheit waren mehrere heftig umstrittene Initiativen der Sharif-Regierung zur Änderung der Verfassung, die die von den Abgeordneten der PML domi-

nierte Nationalversammlung bereits mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit passiert hatten, am Widerstand des Senats gescheitert. Mit dem Hinweis auf die zentrale Bedeutung der sindhischen Provinzpolitik auch für die politische Ordnung auf nationaler Ebene rechnen Beobachter deshalb in den kommenden Monaten mit neuen Spannungen zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien sowie mit einem Aufflammen politisch motivierter Gewalt in Karachi.

### 'Amnesty' prangert Menschenrechtsverletzungen in Pakistan an

Auch zehn Jahre nach der Wiedereinführung der Demokratie werden in Pakistan immer noch zahlreiche Menschen- und Bürgerrechte mißbraucht. So lautet das kritische Fazit des Pakistan-Kapitels im unlängst veröffentlichten Jahresbericht der Menschenrechtsorganisation 'amnesty international' (ai) für das Jahr 1998. Im Einzelnen wirft der Report der pakistanischen Regierung vor, mehrere Dutzend politische Gefangene in Haft zu halten. Folter und Mißhandlung von Gefängnisinsassen sei in den Haftanstalten des Landes an der Tagesordnung und habe in mindestens 50 Fällen zum Tod der Opfer geführt. Außerdem seien im Berichtszeitraum mindestens 120 extra-legale Hinrichtungen vollstreckt worden, die man nachträglich gerne als Todesfälle im Rahmen von Schießereien mit Sicherheitskräften tarne. Dabei lasse sich vielfach nachweisen, daß sich die Opfer schon zuvor längst in Polizeigewahrsam befanden. Die Täter in Uniform seien in keinem einzigen Fall wegen der begangenen Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft gezogen worden. Häufig kämen die Verantwortlichen mit milden Disziplinarstrafen davon, bemängelten die Autoren.

Mit besonderer Sorge verfolgt ai die Tendenz, daß pakistanische Gerichte immer häufiger die Todesstrafe verhängen. Im vergangenen Jahr geschah dies nach den ai vorliegenden Informationen in insgesamt 428 Fällen. 113 dieser Todesurteile gingen dabei auf das Konto sogenannter Anti-Terroristen-Gerichte; sechs weitere Todesurteile steuerten die berüchtigten neuen Militärgerichte bei, die die Sharif-Regierung im Herbst 1998 in den Provinzen Sindh und Punjab zur rascheren Aburteilung politisch und religiös motivierter Gewalttäter ins Leben gerufen hatte. Die Prozesse vor diesen Sondergerichten entsprachen nach ai-Einschätzung in keiner Weise den internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren.

Insgesamt belief sich Ende 1998 die Zahl der in den Todeszellen pakistanischer Gefängnisse sitzenden To-

deskandidaten auf 2750. 50 von ihnen waren laut 'amnesty'-Recherchen zum Zeitpunkt der ihnen zur Last gelegten Tat noch minderjährig. Als besonders krasses Beispiel wird in dem Report das dramatische Schicksal eines Jungen geschildert, der bereits als achtjähriges Kind in die Mühlen der Justiz geriet (siehe dazu auch den Beitrag "Die pakistanische Menschenrechtskommission").